

Migration und Behinderung

Hülya Turhan

„Kultur- und religionsensible
Behindertenhilfe –
Chancen und Herausforderungen“

Online-Veranstaltung des IKW
am 05.12.2020



Basisdaten zu Behinderung in Deutschland 2020

- Gesamtbevölkerung: 83,1 Mio.* Menschen
- Menschen mit Behinderung: 10,2 Mio.**
- Davon mit einer Schwerbehinderung***: 7,9 Mio.

Altersgruppen:

75 und älter: 34 %
55 bis 74: 44 %
unter 18 Jahren: 2 %

Ursache der Behinderung:

Krankheit: 89 %
angeboren / im 1. Lebensj. aufgetretene: 3%
Unfall/Berufskrankheit: 1 %
Übrige Behinderungen summiert: 6 %

* Amtliche Einwohnerzahl Deutschland - Statistisches Bundesamt (destatis.de) (zuletzt abgerufen am 04.12.2020).

**Vgl. aktuelle Daten aus 2019 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen leben in Deutschland - Statistisches Bundesamt (destatis.de).

***Als schwerbehindert gelten Personen, denen die Versorgungsämter einen Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50 zuerkennen und einen gültigen Ausweis übergeben.

Basisdaten zu Behinderung in Deutschland 2020

Art der Behinderung:

Körperliche Behinderungen: 58 %.

- Innere Organe/Organsysteme betroffen: 25 %.
- Funktionseinschränkung der Arme/Beine: 11 %.
- Wirbelsäule/Rumpf betroffen: 10 %.
- Blindheit/Sehbehinderung: 4 %.
- Schwerhörigkeit/Gleichgewichts- oder Sprachstörungen: 4 %.
- Verlust einer/beider Brüste: 2 %.

Geistige oder seelische Behinderungen insg.: 13 %.

Zerebrale Störungen: 9%.

Bei den Übrigen 19% ist die Art der Schwere der Behinderung nicht ausgewiesen.

Bevölkerungszahlen in Deutschland nach dem Mikrozensus 2017

Gesamtbevölkerung: 82,8 Mio.

Gesamtzahl der Menschen mit einer

- Behinderung: 10,2 Mio.
(9,4 % der Gesamtbevölkerung)

davon

- mit einer Schwerbehinderung: 7,8 Mio.

Bevölkerung mit MH: 20,3 Mio.

(Migrationshintergrund-MH)

Zahl der Menschen mit

- MH und Behinderung: 1,5 Mio.
(7,4 % der Menschen mit MH)

davon

- mit einer Schwerbehinderung: 1,07 Mio.
- selbst eingewandert: 1,3 Mio.
- in Deutschland geboren: 166.000



Eine Expertise im Auftrag des
Paritätischen Gesamtverbandes
Autorin: Hülya Turhan (bvkm)

Migration und Behinderung

Projekt „Perspektivenwechsel –
Interkulturelle Öffnung der Behindertenhilfe“

Expertise „Migration und Behinderung“

Diese Expertise ist im Rahmen des Projektes „Perspektivenwechsel – Interkulturelle Öffnung der Behindertenhilfe“ des Paritätischen Gesamtverbandes in Kooperation mit dem Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) entstanden.

Autorin ist Hülya Turhan.

Gegenstand der Expertise

1. Überblick zum Stand der Diskussionen zu „Migration und Behinderung“

2. Auswertung der Interviews aus den Gesprächskreisen

- > Zehn moderierte Gesprächskreise mit leitfadengestützten Grundfragen
- > Teilnehmende: vierzig Personen mit Migrationshintergrund und Behinderung sowie ihre Angehörigen.
- > Teilnehmende konnten über bundesweite Netzwerke der Migrantenselbstorganisationen MINA-Leben in Vielfalt e.V. Berlin, InterAktiv e.V. Berlin, AVP-Akzeptanz Vertrauen und Perspektive e.V. Düsseldorf, TIM-Türkisch-Deutscher Verein zur Integration behinderter Menschen e.V. Nürnberg, gewonnen werden.
- > Ziel: Die Wünsche, Erwartungen und Bedürfnisse der Migrant*innen mit Behinderung sowie die Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten und Unterstützung im Bereich der Behindertenhilfe aus ihrer Perspektive bzw. aus der Perspektive ihrer (pflegenden) Angehörigen zu erheben.

Ergebnisse der Expertise

Auswertung der Interviews aus den Gesprächskreisen

Grundfrage 1: Wie ist der Informationsstand von Betroffenen bzw. ihren Angehörigen zu Angeboten und Unterstützung im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege?

Grundfrage 2: Welche Hürden haben sie bei der Nutzung und Inanspruchnahme dieser Angebote und den Leistungen der Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege erlebt?

Grundfrage 3: Welche positiven und negativen Erfahrungen haben sie mit den Angeboten und den Leistungen der Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege gemacht?

Grundfrage 4: Welche Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen haben sie an die Politik, Angebote und Unterstützung der Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege?

Grundfrage 1:

Wie ist der Informationsstand von Betroffenen bzw. ihren Angehörigen zu Angeboten und Unterstützung im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege?

Aussagen aus den Gesprächskreisen (Auszüge)

„[...] Ich wusste nichts von den ganzen Unterstützungsmöglichkeiten. Meine Ärzte haben mich nicht informiert über die verschiedenen Möglichkeiten. [...] Ich dachte ich war alleine mit diesen Problemen, ich wollte nicht mehr rausgehen, ich wollte keinen Kontakt haben. [...] Ich wusste gar nicht, dass man Einzelfallhilfe beim Jugendamt bekommen kann, und als ich da war, haben sie mich gefragt: ‚Wo waren Sie bis jetzt?‘ [...].“ (aus dem 2. Gesprächskreis InterAktiv).

„In Mannheim gibt es Pflegestützpunkte, auch für Angehörige, wir werden dorthin verwiesen, aber selbst da werden wir nicht beraten und aufgeklärt. Auch da wissen die Berater nicht Bescheid.“ (aus dem 9. Gesprächskreis Duha e.V.).

Auswertung // Grundfrage 1 - Informationsstand

- > Die Angehörigen fühlen sich nicht gut oder gar nicht informiert.
- > Beratung und Aufklärung durch Fachkräfte öffentlicher/privater Träger der Behindertenhilfe erfolgt nicht frühzeitig und nicht umfassend.
- > Über grundlegende Leistungen wie Pflegegeld sowie Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Angehörige (z.B. Einzelfall- und Familienhilfe durch das Jugendamt) werden die Menschen nicht regelhaft informiert.
- > Die unterschiedlichen Zuständigkeiten u.a. der Eingliederungshilfeträger und Krankenkassen z.B. für Hilfsmittel, sind meist nicht bekannt und verzögern oder verhindern die Inanspruchnahme der Leistungen.
- > Bei der Überweisung, z.B. an ein Sozialpädiatrisches Zentrum oder eine Einrichtung der Frühförderung, wird nicht erläutert, was es/sie ist und welche Unterstützung und Behandlung dort zu erwarten sind.

Grundfrage 2:

Welche Hürden haben sie bei der Nutzung und Inanspruchnahme dieser Angebote und den Leistungen der Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege erlebt?

Aussagen aus den Gesprächskreisen (Auszüge)

*„[...] Die Pflegekasse berät nur in Sachen Pflege, [und] das Jugendamt ist nur für bestimmte Sachen zuständig. Es gibt verschiedene Stellen und sie kommunizieren untereinander nicht [...] Ich verbringe manchmal 3 Stunden am Telefon, manchmal hilft das nicht mal, und ich kenne meine Rechte nicht, keiner erzählt es mir [...]“
(aus dem 4. Gesprächskreis AVP e.V.).*

„Sobald sie sehen, dass du einen Migrationshintergrund hast, gehen sie davon aus, dass man keine Ahnung hat [...]. Man wird zuerst für blöd gehalten.“ (aus dem 1. Gesprächskreis MINA e.V.).

„Mütter mit Kopftuch, die kein Deutsch sprechen, werden bei Ärzten und im Krankenhaus nicht ernst genommen, sie werden in die Ecke gestellt. Erst als ich [begleitende Beraterin mit guten Deutschkenntnissen] dabei war, werden sie aufgeklärt, bekommen Medikamente.“ (aus dem 2. Gesprächskreis InterAktiv).

Auswertung // Grundfrage 2 - Hürden bei der Inanspruchnahme von Leistungen

1. Geringe Deutschkenntnisse bei älteren Migrant*innen oder neu zugezogenen Menschen

- > ein Teil der Menschen selbst, benennen geringe Deutschkenntnisse als wichtige Hürde für sich
- > Migrationshintergrund wird von vielen Fachkräften als belastendes Merkmal aufgefasst, das mit begrenzten sozialen Fähigkeiten der Menschen ausgelegt wird.
- > Im Umgang zeigt sich dann eine tendenzielle Defizitorientiertheit gegenüber den Menschen, z.B. durch Ignorieren, Warten lassen, Ausmotzen, kulturelle Zuschreibungen heranziehen
- > Familien nehmen Angebote aus Scham nicht an, wenn ihnen vermittelt wird, ihre Deutschfähigkeiten wären ein Anlass für institutionalisierter Hilfe.
- > Es wird nicht in Frage gestellt, warum Unterstützungsleistungen sich nur mit Standard-Deutschkenntnissen erschließen lassen.

2. Komplexes und gegliedertes System des Sozialrechts

- > Schnittstellenprobleme z.B. bei unterschiedlichen Zuständigkeiten für Rehabilitationsleistungen (Eingliederungshilfe, Pflege, Krankenversicherung).

3. Erwartungshaltung/Vorbehalte von Fachkräften an Sprachkenntnisse und Wissensstand von Angehörigen

- > Angehörige beklagen geringe Bereitschaft und wenig Zeit der Fachkräfte für ausführliche Beratung mit weiterführender Vermittlung. Teilweise verzögern diese dadurch die Inanspruchnahme von Leistungen.
- > Belastende Erfahrungen mit willkürlicher Behandlung und defizitorientierter Haltung durch Fachkräfte. Diese Fachkräfte haben keine Konsequenzen zu fürchten. Bei den Menschen führt das zu Misstrauen und Schwellenängsten.

4. Fachkräfte von Einrichtungen/Behörden gehen teilweise rassistisch mit den Menschen um

- > Menschen fühlen sich anders und zugleich schlecht behandelt aufgrund ihrer Herkunft.
- > Insbesondere im Zusammenhang mit dem Tragen religiöser Symbole wie dem Kopftuch oder bei Defiziten in der deutschen Sprache, offenbaren sich Formen der Diskriminierung.

Grundfrage 3:

Welche positiven und negativen Erfahrungen haben sie mit den Angeboten und Leistungen der Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege gemacht?

Aussagen aus den Gesprächskreisen (Auszüge)

„Ich bin froh und dankbar für die Austauschmöglichkeit. Außer bei Duha gibt es keine Möglichkeit, darüber zu sprechen und sich auszutauschen“ (aus dem 9. Gesprächskreis Duha e.V.).

„Die Ämter schicken mich hin und her, für uns ist es wichtig alle Informationen an einem Ort zu bekommen. Ich wünsche mir weniger Bürokratie, Leute in den Ämtern, die mich verstehen. Ich wünsche mir, dass sie uns einen unbefristeten Bescheid zur Kostenübernahme der Heilmittel ausstellen. Dann muss ich alles nicht jedes Mal aufs Neue beantragen. Ich wünsche mir mehr Verständnis, unser Leben ist sowieso schon schwer genug, durch die Bürokratie wird es uns noch schwerer gemacht. Es wäre besser, wenn es da weniger Bürokratie gibt.“ (aus dem 2. Gesprächskreis InterAktiv).

„Wichtig [ist] sich gegenseitig zu unterstützen, Infos aneinander weiter[zugeben“ (aus dem 5. Gesprächskreis TIM e.V.).

Auswertung // Grundfrage 3 - Erfahrungen mit Angeboten und Leistungen

1. Kritik an Rahmenbedingungen, unter denen z.B. Pflegekräfte arbeiten

- > Zeitdruck, Hygieneverhältnisse in Krankenhäusern und Einrichtungen.
- > z.B. wird erwartet, dass umfassender Beraten wird, Ansprechpartner benannt werden.

2. Den Angehörigen werden von den Fachkräften kaum Alternativen aufgezeigt

- > In den Bereichen Schule und Übergang Schule-Beruf, legen Einrichtungen häufig Maßnahmen wie Förderschulen bzw. die Beschäftigung in einer WfbM nahe.
- > Eltern müssen dafür kämpfen, dass ihre Kinder auf integrative Schulen kommen.
- > Die Angehörigen sind kaum informiert über mögliche Nachteilsausgleiche, wie z.B. längere Schreibzeiten bei Prüfungen oder Nachhilfe.

3. Angehörige, die gut informiert sind und Alternativen kennen und/oder ihre eigene Entscheidung durchsetzen, machen oft positive Erfahrungen

- > Wenn Angehörige über Alternativen informiert sind, fühlen sie sich „auf Augenhöhe“.
- > Die Angehörigen fühlen sich gestärkt, wenn sie von anderen Angehörigen mit Erfahrungen beraten werden und sich austauschen können (Peer-Support).
- > Die Angehörigen wünschen sich Beratungsangebote aus den Communities.

Grundfrage 4:

Welche Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen haben sie an die Politik, Angebote und Unterstützung der Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe und Pflege?

Aussagen aus den Gesprächskreisen (Auszüge)

„Ich hoffe sehr, dass das, was wir heute gemacht haben, dass sich etwas verändert, verbessert. Es muss eine Pflicht sein für Ärzte und das SPZ etc. Menschen Flyer in die Hand zu drücken, mit [Beratungs]Stellen und [Telefon]Nummern.“ [...].

(aus dem 4. Gesprächskreis AVP e.V.).

„[...] ich wusste nichts von den ganzen Unterstützungsmöglichkeiten. Meine Ärzte haben mich nicht informiert über die verschiedenen Möglichkeiten“ [...].

(aus dem 2. Gesprächskreis InterAktiv).

Auswertung // Grundfrage 4 - Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen

1. Zielgruppenorientierte Informationen in Form von Broschüren und Infoveranstaltungen

- > mehrsprachiges Infomaterial, mehrsprachige Fachkräfte etc.

2. Modell der Gemeindedolmetscher*innen als mögliches institutionalisiertes Angebot

- > Die Angehörigen möchten nicht jedes Mal eigene Sprachmittler*innen oder Angehörige zum Übersetzen mitbringen müssen.

3. Zentrale Stellen und Ansprechpartner*innen, die behinderungsspezifische Informationen und Verweisberatung anbieten:

- > „Beratung aus einer Hand“.

4. Schulung der EUTB-Berater*innen für die Belange von Menschen mit Migrationsgeschichte, Flucht und Behinderung

- > Weiterbildungen zu den Ansprüchen und Leistungen für geflüchtete Menschen
- > Unterstützung durch Dolmetscherdienste

5. Wunsch nach mehr Verständnis und Sensibilität für die Lebenslagen der Menschen bei Fachkräften, aber kein Mitleid

- > z.B. wird erwartet, dass sich die Fachkräfte zunächst persönlich vorstellen und sich ausreichend Zeit für Fragen nehmen.
- > Sprachdefizite sollen nicht als Vorwand genutzt werden, sich nicht weiter mit den Menschen „abzugeben“.

6. Wissensvermittlung an Fachkräfte, z.B. interdisziplinäre Fallbesprechungen für Fachkräfte, Menschenrechte-Seminare

- > Vielfalt/Diversität in den Einrichtungen fördern und fordern sowie Strukturen auf Bedürfnisse aller Einrichtungsbesucher*innen anpassen und überarbeiten.

7. Mehr Austauschmöglichkeiten mit Selbstbetroffenen, um Informationen und Erfahrungen weiterzugeben. Mehr Selbsthilfestrukturen gewünscht

- > Einsatz von Multiplikator*innen. „Lotsen von Anfang an“.
- > Migrantenorganisationen als zentrale Akteure im Themenfeld stärken durch Kooperationen, Vernetzungen und Empowerment.
- > Bewusstsein fördern bei Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, dass es bei ihren Anliegen um Menschenrechte geht, die geltend gemacht und durchgesetzt werden können/müssen.

Quellen – Links – aktuelle Leseempfehlung

Der Paritätische:

[https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Migration/doc/AMIF/2_Expertise Migration und Behinderung bvkm Paritaet GV 2020 Turhan web ver 1.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Migration/doc/AMIF/2_Expertise_Migration_und_Behinderung_bvkm_Paritaet_GV_2020_Turhan_web_ver_1.pdf)
([der-paritaetische.de](https://www.der-paritaetische.de))

bvkm:

www.bvkm.de/unsere-themen/migration-und-behinderung/

DIE ZEIT vom 05.11.2020, S. 46-47, Nr. 46, Fachbeitrag von Björn Stephan und Mario Wezel: „Aussortiert. Dino, Nabil und Zeki wurden im Grundschulalter als geistig behindert eingestuft. Heute gibt es Zweifel daran. Hatten Sie nur Pech, oder versagt das System?“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Die vorliegende Präsentation wurde erstellt für die Online-Veranstaltung des Islamischen Kompetenzzentrum für Wohlfahrtswesen e.V. „Kultur- und religionssensible Behindertenhilfe – Chancen und Herausforderungen“ am 05.12.2020.

Autorin ist Hülya Turhan, Volljuristin und Dipl. Sozialpädagogin.